Artikel 87*

(1) Artikel 1 Abs. 2 und 3 der Verfassung treten in Kraft, sobald die Anwendung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Berlin keinen Beschränkungen unterliegt.

(2) In der Übergangszeit kann das Abgeordnetenhaus durch Gesetz feststellen, daß ein Gesetz der Bundesrepublik Deutschland unverändert auch in Berlin Anwendung findet.

(3) Soweit in der Übergangszeit die Anwendung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Berlin keinen Beschränkungen (Abs. 1) unterliegt, sind die Bestimmungen des Grundgesetzes auch in Berlin geltendes Recht. Sie gehen den Bestimmungen der Verfassung vor. Das Abgeordnetenhaus kann im Einzelfall mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder anders beschließen. Artikel 85 der Verfassung findet sinngemäß Anwendung.

(4) In der Übergangszeit sollen die verfassungsmäßig bestellten Organe von Berlin die für das Verhältnis von Bund und Ländern maßgebenden Bestimmungen des Grundgesetzes soweit wie möglich als Richtlinien für die Gesetzgebung und Verwaltung beachten.

Artikel 88

(1) Änderungen der Verfassung erfordern eine Mehrheit von zwei Dritteln der gewählten Mitglieder des Abgeordnetenhauses.

(2) Änderungen der Verfassung können auch im Wege des Volkstschsches erfolgen; die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten ist erforderlich.

(3) Die Verfassung ist bei Abschluß eines Friedensvertrages und bei Verkündung einer Verfassung für Deutschland einer Überprüfung zu unterziehen.

Artikel 89

Diese Verfassung tritt am 1. Oktober 1950 in Kraft.

Art. 87 Abs. 1, 3 u. 4; GG BGBl. III 100-1, zuletzt geänd. durch 15. ÄndGes. v. 8. 6. 1967, BGBl. I S. 581

1101-1

**Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin**

Vom 3. Februar 1966*

Das Abgeordnetenhaus gibt sich nach Artikel 29 der Verfassung von Berlin folgende Geschäftsordnung:*

I. Abgeordnete**§ 1****Teilnahme an den Arbeiten**

(1) Die Abgeordneten sind verpflichtet, an den Arbeiten des Abgeordnetenhauses teilzunehmen.

(2) Die Abgeordneten sind gehalten, sich in eine Anwesenheitsliste

Datum: GVBl. S. 454
Einleitung: VvB GVBl. Sb. II 100-1

einzutragen, die für jede Sitzung des Abgeordnetenhauses oder eines Ausschusses ausgelegt wird.

§ 2

Ausweis

Die Abgeordneten erhalten für die Dauer der Wahlperiode einen vom Präsidenten unterschriebenen Ausweis über ihre Eigenschaft als Abgeordnete.

§ 3

Fehlen, Urlaub

(1) Ein Abgeordneter, der an der Teilnahme an einer Sitzung des Abgeordnetenhauses oder eines Ausschusses verhindert ist, zeigt dies dem Präsidenten oder dem Ausschußvorsitzenden spätestens bis zum Sitzungsbeginn an.

(2) Urlaub bis zur Dauer eines Monats erteilt der Präsident, für längere Zeit das Abgeordnetenhaus. Urlaub auf unbestimmte Zeit wird nicht erteilt.

§ 4*

Arbeitsunterlagen

Die Abgeordneten erhalten Abdrucke der Verfassung, der Geschäftsordnung, das Handbuch des Abgeordnetenhauses und sonstige Arbeitsunterlagen.

§ 5

Einsicht in die Akten

(1) Die Abgeordneten sind berechtigt, alle Akten einzusehen, die sich in der Verwahrung des Abgeordnetenhauses oder eines Ausschusses befinden.

(2) Zum Gebrauch außerhalb des Gebäudes des Abgeordnetenhauses werden Akten nur an die Vorsitzenden oder Berichterstatter der Ausschüsse für ihre Arbeiten abgegeben. Weitere Ausnahmen kann der Präsident zulassen.

§ 6*

Beanstandung und Erlöschen des Mandats

Die Ausübung eines beanstandeten Mandats eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses sowie das beim Erlöschen des Mandats zu beachtende Verfahren regeln sich nach dem Landeswahlgesetz in Verbindung mit der Landeswahlordnung.

II. Fraktionen

§ 7*

Bildung der Fraktionen

(1) Die Abgeordneten können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Die Mindeststärke einer Fraktion beträgt neun Abgeordnete.

(2) Die Bildung einer Fraktion, ihre Bezeichnung, die Namen des Vor-

§ 4: VvB GVBl. Sb. II 100-1

§ 6: LWG GVBl. Sb. II 111-1; LWO GVBl. Sb. II 111-1-1

§ 7 Abs. 1 Satz 2: I. d. F. d. Beschlusses v. 6. 4. 1967, Mitteilungen Nr. 1 d. Präsidenten d. Abghs. v. Berlin v. 2. 5. 1967, S. 18

standes, der Mitglieder sowie der Gäste (Hospitanten) sind dem Präsidenten schriftlich mitzuteilen.

(3) Die Stärke der Fraktionen wird nach der Zahl ihrer Mitglieder und Gäste festgestellt.

(4) Ein Anspruch auf Vertretung im Präsidium, im Ältestenrat und in den Ausschüssen besteht nur für Fraktionen.

§ 8

Reihenfolge der Fraktionen

(1) Die Reihenfolge der Fraktionen richtet sich nach ihrer Stärke. Bei gleicher Zahl entscheidet das Los, das vom Präsidenten in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses gezogen wird.

(2) Erloschene Mandate zählen bis zur Neubesetzung bei der Fraktion mit, der der Ausgeschiedene bisher angehört hat.

§ 9

Beteiligung der Fraktionen

(1) Die Fraktionen erhalten einen ihrer Stärke entsprechenden Anteil an den Stellen des Präsidiums, des Ältestenrats, der Ausschüsse sowie der Ausschußvorsitzenden, der Schriftführer und ihrer Stellvertreter. In der gleichen Weise werden auch ihre Anteile bei den sonst vom Abgeordnetenhaus vorzunehmenden Wahlen festgestellt.

(2) Spätere Änderungen im Stärkeverhältnis der Fraktionen sind zu berücksichtigen.

III. Konstituierung des Abgeordnetenhauses

§ 10

Einberufung und Zusammentreten

(1) Nach der Neuwahl tritt das Abgeordnetenhaus, das vom bisherigen Präsidenten einberufen wird, unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten zusammen.

(2) Alterspräsident ist der älteste anwesende Abgeordnete; lehnt er ab, tritt das jeweils nächstälteste Mitglied des Hauses an seine Stelle.

(3) Der Alterspräsident eröffnet die erste Sitzung, beruft die vier jüngsten Mitglieder zu Beisitzern und bildet mit ihnen bis zur Wahl des Präsidenten das vorläufig amtierende Präsidium. Er stellt die Beschlußfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf fest und führt die Wahl des Präsidenten durch.

§ 11

Wahl des Präsidiums

Das Präsidium wird vom Abgeordnetenhaus für die Dauer der Wahlperiode gewählt (§ 78).

IV. Präsidium

§ 12

Zusammensetzung des Präsidiums

(1) Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten, zwei Stellvertretern und vier Schriftführern.

(2) In den Sitzungen des Abgeordnetenhauses bilden der Präsident und zwei Schriftführer jeweils das amtierende Präsidium.

(3) Scheidet ein Mitglied des Präsidiums aus, so soll in der nächsten ordentlichen Sitzung die Ersatzwahl vorgenommen werden.

(4) Scheiden der Präsident und seine Stellvertreter aus, so hat der Alterspräsident unverzüglich die Ersatzwahl zu veranlassen. § 10 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 13

Aufgaben des Präsidiums

(1) Das Präsidium beschließt in allen inneren Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses, soweit sie nicht dem Präsidenten vorbehalten sind.

(2) Das Präsidium entwirft den Haushaltsplan des Abgeordnetenhauses.

(3) Das Präsidium verfügt über die Verwendung der dem Abgeordnetenhaus vorbehaltenen Räume.

(4) Das Präsidium wird vom Präsidenten einberufen. Der Präsident hat das Präsidium einzuberufen, wenn drei Mitglieder des Präsidiums es verlangen.

§ 14

Aufgaben des Präsidenten

(1) Der Präsident führt die Geschäfte und vertritt das Abgeordnetenhaus nach außen. Er übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Abgeordnetenhaus aus. Ohne seine Genehmigung darf in den Räumen des Abgeordnetenhauses keine Durchsuchung oder Beschlagnahme stattfinden.

(2) Der Präsident beruft die Sitzungen ein, wahrt die Würde und die Rechte des Abgeordnetenhauses und fördert seine Arbeiten. Er hat die Verhandlungen gerecht und unparteiisch zu leiten und die Ordnungsgewalt im Sitzungssaal, im Zuhörerraum und in den Nebenräumen auszuüben.

(3) Der Präsident führt den Vorsitz in den Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrats und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung. Er kann mit beratender Stimme an den Sitzungen aller übrigen Ausschüsse teilnehmen.

(4) Der Präsident prüft die für das Abgeordnetenhaus bestimmten Vorlagen, Anträge, Anfragen, Eingaben und Beschwerden. Er führt den damit verbundenen Schriftwechsel.

(5) Der Präsident oder die von ihm Beauftragten weisen die Ausgaben zur Deckung der Bedürfnisse des Abgeordnetenhauses innerhalb des Haushaltsplans zur Zahlung an.

(6) Der Präsident ist die oberste Dienstbehörde für die Beamten des Abgeordnetenhauses. Er übt die Rechte des Arbeitgebers für die bei dem Abgeordnetenhaus beschäftigten Angestellten und Arbeiter aus.

§ 15

Aufgaben der Stellvertreter des Präsidenten

(1) Die Stellvertreter unterstützen den Präsidenten in seiner Amtsführung. Sie vertreten ihn bei seiner Abwesenheit oder Behinderung mit allen seinen Rechten und Pflichten. Die Vertretung vereinbart der Präsident mit den Stellvertretern.

(2) Sind Präsident und Stellvertreter gleichzeitig verhindert, so übernimmt der Alterspräsident und bei seiner Verhinderung das nächstälteste Mitglied des Abgeordnetenhauses die Aufgaben des Präsidenten.

§ 16

Aufgaben der Schriftführer

(1) Die Schriftführer haben den Präsidenten zu unterstützen, die Rednerliste nach der Reihenfolge der Wortmeldungen zu führen, die Redezeit zu überwachen, bei Abstimmungen und Wahlen die Namen der Abgeordneten aufzurufen, die Stimmen zu zählen, eingegangene Schriftstücke zu verlesen und die Beschlußprotokolle zu prüfen.

(2) Sind die Schriftführer in einer Sitzung nicht in ausreichender Zahl anwesend, so ernennt der amtierende Präsident Stellvertreter aus den Reihen der Abgeordneten.

V. Ältestenrat

§ 17

Zusammensetzung

Der Ältestenrat wird in der ersten Sitzung vom Abgeordnetenhaus bestellt. Er besteht aus dem Präsidenten, seinen beiden Stellvertretern und einer vom Abgeordnetenhaus festzusetzenden Zahl von Mitgliedern, die auf die Fraktionen nach ihrer Stärke verteilt wird. Die Fraktionen benennen dem Präsidenten die Mitglieder schriftlich.

§ 18

Einberufung

(1) Der Ältestenrat wird vom Präsidenten einberufen. Der Präsident leitet seine Verhandlungen.

(2) Der Ältestenrat tritt vor jeder Sitzung des Abgeordnetenhauses zusammen. Er muß einberufen werden, wenn es eine Fraktion verlangt. Er tritt ohne besondere Aufforderung stets unmittelbar nach Beendigung einer Sitzung des Abgeordnetenhauses zusammen, wenn die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit geschlossen worden ist.

(3) Der Ältestenrat ist verhandlungsfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 19

Aufgaben des Ältestenrats

Der Ältestenrat hat die Aufgabe, den Präsidenten bei der Führung der Geschäfte, insbesondere bei der Aufstellung des Arbeitsplans, zu unterstützen. Er verteilt auf die Fraktionen nach Maßgabe ihrer Stärke die Stellen der Ausschußvorsitzenden, Schriftführer und ihrer Stellvertreter.

VI. Ausschüsse

§ 20

Wahl der Ausschüsse

(1) Das Abgeordnetenhaus wählt grundsätzlich für jeden von einem Mitglied des Senats verwalteten Geschäftsbereich einen ständigen Ausschuß. Es kann weitere ständige Ausschüsse wählen.

(2) Für einzelne Angelegenheiten kann das Abgeordnetenhaus Sonderausschüsse wählen.

(3) Das Abgeordnetenhaus legt mit der Wahl der Ausschüsse ihre Stärke, die Verteilung der Mitglieder auf die Fraktionen und den Geschäftsbereich der Ausschüsse fest. Die Fraktionen wählen die auf sie entfallenden ordentlichen Mitglieder und machen sie dem Büro des Abgeordnetenhauses namhaft.

(4) Eine Stellvertretung ist zulässig; sie ist dem Ausschußvorsitzenden mitzuteilen und auf Verlangen nachzuweisen.

§ 21

Aufgaben der Ausschüsse

(1) Die Ausschüsse haben die ihnen vom Abgeordnetenhaus überwiesenen Vorlagen und Anträge für die Beschlußfassung im Abgeordnetenhaus vorzubereiten und über das Ergebnis unter Empfehlung entsprechender Beschlüsse an das Abgeordnetenhaus zu berichten. Weitere Aufgaben können den Ausschüssen durch das Abgeordnetenhaus übertragen werden.

(2) Die zuständigen Ausschüsse können in Bundesangelegenheiten, in Gesamtberliner Fragen, in Angelegenheiten der Rechnungsprüfung sowie der Sicherheit und Ordnung einzelne Angelegenheiten mit dem Senat erörtern, wenn der Ausschuß oder der Senat eine Erörterung wünscht, diese Erörterung im Abgeordnetenhaus aber aus Gründen der Geheimhaltung oder der zu wahrenen Vertraulichkeit nicht zweckmäßig ist.

(3) Der Senat ist berechtigt, über beabsichtigte Haushaltsüberschreitungen den für den Haushalt zuständigen Ausschuß zu unterrichten.

(4) Meinungsäußerungen der Ausschüsse nach den Absätzen 2 und 3 binden das Abgeordnetenhaus nicht und befreien den Senat nicht von der Verantwortung für seine Maßnahmen.

(5) Die für Bundesangelegenheiten, Gesamtberliner Fragen, Sicherheit und Ordnung, Verfassung und Geschäftsordnung zuständigen Ausschüsse können ohne besonderen Auftrag Fragen, die sich auf die genannten Geschäftsbereiche beziehen, erörtern und dem Abgeordnetenhaus darüber Beschlüßempfehlungen vorlegen.

§ 22*

Untersuchungsausschüsse

Das Abgeordnetenhaus kann aus seiner Mitte Untersuchungsausschüsse einsetzen. Das Verfahren regelt sich nach dem Gesetz über das Verfahren vor den Untersuchungsausschüssen des Abgeordnetenhauses von Berlin.

§ 23*

Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung

(1) Das Abgeordnetenhaus bestellt gemäß Artikel 39 Abs. 3 der Verfassung von Berlin einen Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der erst nach Auflösung des Abgeordnetenhauses oder nach Beendigung seiner Wahlperiode zusammentreten kann.

(2) Der Ausschuß besteht aus dem Präsidenten, seinen Stellvertretern und 21 stimmberechtigten Mitgliedern.

§ 22: Ges. v. 10. 8. 1951, GVBl. Sb. II 1101-2

§ 23 Abs. 1: VvB GVBl. Sb. II 100-1

§ 24

Ausschußsitzungen

(1) Der Präsident beruft die erste Sitzung der Ausschüsse ein. Das älteste anwesende ordentliche Mitglied leitet die Sitzung, bis der Vorsitzende gewählt ist.

(2) Jeder Ausschuß wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit durch Stimmzettel oder Zuruf den Vorsitzenden und den Schriftführer sowie deren Stellvertreter nach dem im Ältestenrat festgestellten Verteilungsschlüssel.

(3) Der Vorsitzende oder bei seiner Verhinderung der Stellvertreter beruft den Ausschuß unter Angabe der Tagesordnung ein. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder es schriftlich unter Angabe der Tagesordnung bei dem Vorsitzenden beantragt. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters treten an deren Stelle der Schriftführer oder dessen Stellvertreter.

(4) Der Senat ist zu allen Sitzungen der Ausschüsse unter Angabe der Tagesordnung einzuladen. Die Bürgermeister und die Senatoren sowie ihre Beauftragten sind zur Teilnahme an den Verhandlungen berechtigt; die Ausschüsse können die Anwesenheit der Mitglieder des Senats fordern. Den Mitgliedern des Senats ist jederzeit, auch außer der Reihe, das Wort zu erteilen.

(5) Abgeordnete, die dem Ausschuß nicht angehören, können als Zuhörer und mit Zustimmung des Ausschusses zu einzelnen Beratungsgegenständen beratend teilnehmen. Der Ausschuß kann seinerseits Abgeordnete mit beratender Stimme hinzuziehen. Anträge können nur von den Ausschußmitgliedern gestellt werden.

(6) Sitzungen außerhalb des Abgeordnetenhauses, durch die zusätzliche Kosten entstehen, dürfen nur mit Zustimmung des Präsidenten stattfinden.

§ 25

Verfahren in den Ausschüssen

(1) Die Ausschüsse sind beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(2) Jeder Ausschuß kann Unterausschüsse einsetzen.

(3) Anträge können von jedem Ausschußmitglied gestellt werden. Auf Verlangen sind sie schriftlich zu übergeben und von dem Antragsteller zu unterzeichnen.

(4) Die Ausschüsse können von den Mitgliedern des Senats alle erforderlichen Auskünfte und Unterlagen zur Bearbeitung der von ihnen zu behandelnden Angelegenheiten verlangen.

(5) Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich. Eine Information von Presse und Rundfunk durch das Büro des Abgeordnetenhauses ist im Einvernehmen mit dem Ausschußvorsitzenden, der auch die inhaltliche Richtigkeit der Darstellung überwacht, zulässig.

(6) Über die Verhandlungen der Ausschüsse ist von einem Protokollführer ein Protokoll zu fertigen, das vom Schriftführer und vom Vorsitzenden zu unterzeichnen ist. In besonderen Fällen kann ein Ausschuß im Benehmen mit dem Präsidenten die stenographische oder mechanische Aufnahme der Verhandlungen beschließen. Einsicht in den Inhalt der Protokolle ist Nichtmitgliedern des Abgeordnetenhauses nur mit besonderer Genehmigung des Präsidenten gestattet.

(7) Im übrigen finden die Bestimmungen der Geschäftsordnung auf die Ausschüsse sinngemäße Anwendung.

§ 26

Berichterstattung der Ausschüsse

(1) Jeder Ausschuß bestimmt einen Berichterstatter für die Sitzung des Abgeordnetenhauses. In wichtigen Angelegenheiten kann als Vertreter der Minderheit eines Ausschusses ein weiterer Berichterstatter bestellt werden.

(2) Das Ergebnis der Beratung ist dem Präsidenten durch den Ausschußvorsitzenden, bei einer Beteiligung mehrerer Ausschüsse durch den Vorsitzenden des federführenden Ausschusses als Beschlußempfehlung für das Abgeordnetenhaus schriftlich mitzuteilen.

(3) Der Bericht des Ausschusses wird mündlich erstattet, wenn der Ausschuß nicht schriftliche Berichterstattung beschließt. Der mitberatende Ausschuß hat seine Stellungnahme dem federführenden Ausschuß vorher bekanntzugeben.

(4) Die für den Haushalt und die Verfassung zuständigen Ausschüsse können selbständig Bericht erstatten und einen Beschluß empfehlen.

§ 27

Sachverständige

(1) Die Ausschüsse können sachkundige Personen hinzuziehen.

(2) Das Anhören von Sachverständigen ist nur durch Beschluß des Ausschusses mit Zustimmung des Präsidenten zulässig.

VII. Behandlung der Verhandlungsunterlagen (außer Anfragen)

§ 28

Druck und Verteilung

(1) Alle Vorlagen, Anträge, Großen Anfragen, Beschlußempfehlungen der Ausschüsse, Denkschriften, Nachweisungen und schriftlichen Berichte des Senats werden gedruckt den Abgeordneten und dem Senat zugestellt.

(2) Die Drucksachen müssen den Abgeordneten spätestens zwei Tage vor der Sitzung in ihre Wohnung oder an einen von ihnen angegebenen Ort zugestellt worden sein. Die Vorschrift des § 61 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Die Pflicht zur Einhaltung der Zustellungsfrist für Drucksachen entfällt, wenn das Abgeordnetenhaus die Dringlichkeit eines Gegenstandes beschließt (§ 63 Abs. 3) oder wenn es sich um eine Vorlage über die Richtlinien der Regierungspolitik handelt.

(3) Die Zustellung kann in besonderen Fällen nach Vereinbarung mit den Fraktionen durch die Zustellung an die Fraktionen ersetzt werden.

(4) Ist der Druck vor der Behandlung nicht möglich, so können die Verhandlungsunterlagen vorläufig in anderer Weise vervielfältigt werden.

§ 29*

Beratungen

(1) Vorlagen werden schriftlich vom Senat eingebracht.

§ 29 Abs. 2: VvB GVBl. Sb. II 100-1

(2) Gesetzesvorlagen sowie Vorlagen und Anträge mit haushaltsmäßiger Auswirkung (Artikel 78 der Verfassung von Berlin) werden in mindestens zwei Lesungen beraten. Auf Verlangen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses oder des Senats hat eine dritte Lesung stattzufinden. Alle anderen Vorlagen und Anträge können in einer Beratung erledigt werden.

§ 30

Erste Lesung

Die erste Lesung beschränkt sich in der Regel auf eine allgemeine Beratung der Grundsätze der Vorlage, kann aber auch getrennt nach Teilen der Vorlage durchgeführt werden.

§ 31*

Überweisung an einen Ausschuß

(1) Nach Schluß der ersten Lesung sowie im Laufe der einmaligen oder zweiten Beratung kann das Abgeordnetenhaus die Vorlage oder den Antrag ganz oder teilweise an einen Ausschuß verweisen oder zurückverweisen, solange nicht die Schlußabstimmung erfolgt ist. Mit der wiederholten Ausschußberatung kann ein anderer Ausschuß betraut werden. Auch schon erledigte Teile können überwiesen oder zurückverwiesen werden.

(2) Eine Vorlage oder ein Antrag kann gleichzeitig mehreren Ausschüssen zu getrennter Beratung überwiesen werden. Den federführenden Ausschuß bestimmt der Präsident, soweit ihn das Abgeordnetenhaus nicht benannt hat. Die Überweisung einer Vorlage oder eines Antrages an Ausschüsse zu gemeinsamer Beratung ist nur zulässig, wenn keine Fraktion widerspricht; die Ausschüsse stimmen dann gemeinsam ab. Die Weitergabe einer überwiesenen Vorlage oder eines Antrages an einen anderen Ausschuß ist nur mit Zustimmung des Präsidenten statthaft.

(3) Bei der Beratung von Mantelgesetzen zur Übernahme von Bundesrecht werden die erste und zweite Lesung miteinander verbunden, sofern nicht eine Fraktion oder der Senat eine Überweisung an den zuständigen Ausschuß verlangt.

(4) Vorlagen und Anträge, deren beschleunigte Erledigung erwünscht ist, kann der Präsident einem Ausschuß überweisen, bevor sie auf der Tagesordnung stehen und beraten werden. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses ist in der nächsten ordentlichen Sitzung einzuholen.

(5) Vorlagen - zur Kenntnisnahme - über Rechtsverordnungen nach Artikel 47 Abs. 1 der Verfassung von Berlin werden vom Abgeordnetenhaus, sofern es nicht ohne weiteres von ihnen Kenntnis nimmt, ohne Aussprache dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Empfiehlt der Ausschuß, die Rechtsverordnung aufzuheben oder zu ändern, so hat er gleichzeitig vorzuschlagen, ob das Abgeordnetenhaus ein entsprechendes Ersuchen an den Senat richten oder selbst durch Gesetz in dem dafür vorgesehenen Verfahren (§ 38) die Aufhebung oder Änderung beschließen soll. Erhebt der Ausschuß keine Einwendungen gegen die Rechtsverordnung, so gilt die Vorlage als vom Abgeordnetenhaus zur Kenntnis genommen.

(6) Alle übrigen Vorlagen - zur Kenntnisnahme - werden nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Sie werden den Abgeordneten in den Mitteilungen des Präsidenten bekanntgegeben und nur auf Antrag zur Besprechung gestellt. Die Besprechung kann in einem Ausschuß erfolgen.

(7) Denkschriften, Nachweisungen u. a., die keiner Beschlußfassung

§ 31 Abs. 5: VvB GVBl. Sb. II 100-1

bedürfen, kann der Präsident, ohne sie auf die Tagesordnung zu setzen, einem Ausschuß überweisen.

§ 32

Zweite Lesung

(1) Die zweite Lesung beginnt mit der Einzelberatung frühestens am zweiten Tage nach Schluß der ersten Lesung. Nach vorausgegangener Ausschußberatung findet sie frühestens am zweiten Tage nach Verteilung der Beschlußempfehlung statt. Eine allgemeine Beratung erfolgt nur auf Beschluß des Abgeordnetenhauses. Die Zurückverweisung an einen Ausschuß ist zulässig.

(2) Über jede selbständige Einzelbestimmung (Artikel, Paragraph, Titel, Nummer) und die Abschnittsüberschriften wird der Reihenfolge nach, zuletzt über Einleitung und Überschrift, die Beratung eröffnet und geschlossen und hierauf abgestimmt. Das Abgeordnetenhaus kann beschließen, die Reihenfolge zu ändern, die Beratung über mehrere Einzelbestimmungen zu verbinden oder die Beratung über Teile einer Einzelbestimmung und über verschiedene Änderungsanträge zu demselben Gegenstande zu trennen.

(3) Bei der Beratung kann sich der Präsident von dem Abgeordnetenhaus ermächtigen lassen, die von ihm aufgerufenen Einzelbestimmungen ohne Eröffnung und Schließung der Beratung und ohne besondere Abstimmung für angenommen zu erklären, falls Wortmeldungen nicht vorliegen und Änderungsanträge nicht gestellt sind.

(4) Nach der Abstimmung über die letzte Einzelbestimmung wird über die Vorlage im ganzen abgestimmt (Schlußabstimmung).

(5) Über Staatsverträge wird nur im ganzen abgestimmt.

(6) Die Schlußabstimmungen mehrerer Mantelgesetze zur Übernahme von Bundesrecht können miteinander verbunden werden, sofern kein Widerspruch erhoben wird. Einzelberatungen und Einzelabstimmungen finden in diesem Falle nicht statt.

§ 33

Dritte Lesung

Auf Verlangen des Präsidenten oder des Senats hat bei Gesetzesvorlagen vor der Ausfertigung eine dritte Lesung stattzufinden. Sie erfolgt frühestens am zweiten Tage nach der Zustellung der in der zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse. Sie beginnt mit der allgemeinen Beratung über die Grundsätze der Vorlage, an die sich unmittelbar die Einzelberatung und die Schlußabstimmung anschließen. Änderungsanträge und Anträge auf Überweisung an einen Ausschuß bedürfen der Unterstützung einer Fraktion.

§ 34

Fristen

(1) Das Abgeordnetenhaus kann die Fristen im Einzelfall kürzen oder aufheben.

(2) Bei Berechnung der Fristen werden die Tage, an denen die Verhandlungsunterlagen zugestellt sind, sowie die dazwischen liegenden Sonntage oder gesetzlichen Feiertage nicht gezählt.

§ 35

Vorlagen über den Haushaltsplan

(1) Vorlagen über den Haushaltsplan sind dem für den Haushalt zuständigen Ausschuß zu überweisen.

(2) Über Entschließungen zum Haushalt wird in der letzten Lesung abgestimmt.

§ 36*

Vorlagen und Anträge mit haushaltsmäßiger Auswirkung

Vorlagen und Anträge nach Artikel 78 der Verfassung von Berlin sowie Vorlagen und Anträge, die eine Einnahmensenkung zur Folge haben, sind dem zuständigen Ausschuß und dem für den Haushalt zuständigen Ausschuß oder nur dem für den Haushalt zuständigen Ausschuß zu überweisen. Anträge sollen mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden sein.

§ 37*

Zustimmung zu Vermögensgeschäften

(1) Vorlagen des Senats auf Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu Vermögensgeschäften gemäß § 5 des Gesetzes über die Vermögensverwaltung von Berlin überweist der Präsident unmittelbar an den für die Vermögensverwaltung zuständigen Ausschuß.

(2) Die Beratung erfolgt in geheimer Sitzung. § 5 findet keine Anwendung.

(3) Der für die Vermögensverwaltung zuständige Ausschuß legt seine Beschlussempfehlung in zweckentsprechender Form dem Abgeordnetenhaus vor. Über die Beschlussempfehlung des Ausschusses wird ohne Beratung abgestimmt. Eine Beratung im Abgeordnetenhaus kann nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

§ 38*

Anträge

(1) Anträge müssen schriftlich eingebracht werden. Sie müssen entweder namens einer Fraktion oder von mindestens zehn Abgeordneten unterzeichnet sein, sofern nicht die Verfassung oder die Geschäftsordnung etwas anderes vorschreibt. Sie müssen eine den Inhalt kennzeichnende Überschrift und die Eingangsformel tragen: „Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:“.

(2) Das Abgeordnetenhaus kann ohne Beratung einen Antrag, der keine Gesetzesvorlage enthält, an einen Ausschuß überweisen, wenn keine Fraktion widerspricht.

(3) Zurückgezogene Anträge können von einer Fraktion oder von mindestens zehn Abgeordneten in derselben Sitzung wieder aufgenommen werden.

(4) Im übrigen gelten für die Anträge sinngemäß die Vorschriften der §§ 29 bis 36.

§ 39

Änderungsanträge und Entschließungen

(1) Änderungsanträge und Anträge auf Annahme von Entschließungen können aus der Mitte des Abgeordnetenhauses gestellt werden, solange die Beratung des Gegenstandes noch nicht geschlossen ist. Sie müssen mit

§ 36: VvB GVBl. Sb. II 100-1

§ 37 Abs. 1: VermVG aufgeh. durch HAG v. 1. 8. 1966, GVBl. S. 1162, Art. 1 Nr. 7.

„§ 5“ jetzt § 90 LHO GVBl. Sb. II 630-1

§ 38 Abs. 1: VvB GVBl. Sb. II 100-1

dem Gegenstand der Beratung in sachlichem Zusammenhang stehen. Die Anträge müssen schriftlich eingebracht werden und sind zu verlesen.

(2) Änderungsanträge bedürfen keiner Unterstützung. Anträge auf Annahme von EntschlieÙungen müssen von einer Fraktion eingebracht oder von mindestens zehn Abgeordneten unterstützt werden.

(3) Zusatzanträge werden wie Änderungsanträge behandelt. In den Fällen, in denen durch einen Änderungsantrag der ursprünglich gestellte Antrag in vollem Umfange ersetzt werden soll, ist dies in dem Änderungsantrag zum Ausdruck zu bringen.

§ 40

Berichte

(1) Der Senat kann schriftliche oder mündliche Berichte einbringen.

(2) Über Berichte des Senats findet, wenn eine Fraktion es verlangt, in derselben oder nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Besprechung statt. Die Besprechung kann auf Beschluß des Abgeordnetenhauses auch in einem Ausschuß erfolgen.

§ 41*

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nach Artikel 33 der Verfassung von Berlin können nur beraten werden, wenn sie in die Tagesordnung aufgenommen sind; § 63 Abs. 3 findet keine Anwendung.

§ 42

Immunitätsangelegenheiten

(1) In Immunitätsangelegenheiten gelten als Bestandteil dieser Geschäftsordnung die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Richtlinien, die als Anlage beigefügt sind.

(2) Immunitätsangelegenheiten werden in dem für die Geschäftsordnung zuständigen Ausschuß behandelt.

§ 43

Beteiligung des Abgeordnetenhauses an verfassungsgerichtlichen Verfahren

(1) Über Anträge und Ersuchen, die ein verfassungsgerichtliches Verfahren betreffen, entscheidet der Präsident nach Anhörung des für die Verfassung zuständigen Ausschusses oder überweist sie dem für die Verfassung zuständigen Ausschuß zur Vorberatung; § 38 bleibt unberührt.

(2) Der für die Verfassung zuständige Ausschuß legt seine Beschlußempfehlung dem Abgeordnetenhaus zur Entscheidung vor.

(3) Das Abgeordnetenhaus beschließt, vorbehaltlich besonderer gesetzlicher Regelung, über seine Beteiligung, seine Stellungnahme und seine Vertretung in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem Verfassungsgerichtshof.

§ 44*

Mißtrauensanträge

(1) Der Antrag, dem Senat oder einem oder mehreren seiner Mitglieder

das Vertrauen zu entziehen, kann als selbständiger Antrag oder zu jedem Gegenstand der Tagesordnung eingebracht werden. Er bedarf der Unterstützung einer Fraktion oder von mindestens einem Viertel der anwesenden Abgeordneten. Die nach der Verfassung erforderliche namentliche Abstimmung darf frühestens 48 Stunden nach der Bekanntgabe des Mißtrauensantrages im Abgeordnetenhaus erfolgen.

(2) Die Änderung oder Ergänzung des Antrages sowie die getrennte Abstimmung über seine Teile ist nur mit Zustimmung des Antragstellers zulässig.

§ 45

Auskunft des Senats über die Ausführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

(1) Über die Durchführung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses gibt der Senat durch die „Mitteilungen zur Kenntnisnahme“ dem Abgeordnetenhaus regelmäßig Auskunft.

(2) Die Mitteilungen – zur Kenntnisnahme – werden nicht auf die Tagesordnung gesetzt; sie werden den Abgeordneten in den Mitteilungen des Präsidenten bekanntgegeben.

(3) Zu den Mitteilungen – zur Kenntnisnahme – kann jeder Abgeordnete innerhalb zweier Wochen schriftlich eine Auskunft vom Senat verlangen. Der Senat soll innerhalb weiterer zwei Wochen dem Antragsteller über das Büro des Abgeordnetenhauses schriftlich Auskunft geben.

(4) Auf Antrag einer Fraktion oder auf Antrag von mindestens zehn Abgeordneten kann die Mitteilung oder die Antwort des Senats auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung zur Besprechung gesetzt werden. Anträge zur Sache dürfen nicht gestellt werden.

VIII. Anfragen und Aktuelle Stunde

§ 46

Einbringen von Großen Anfragen

(1) Große Anfragen an den Senat müssen bei dem Präsidenten schriftlich eingebracht werden. Sie müssen entweder namens einer Fraktion oder von mindestens zehn Abgeordneten unterzeichnet sein.

(2) Dringliche Große Anfragen können von einer Fraktion bis zu Beginn einer Sitzung bei dem Präsidenten schriftlich eingebracht werden. Sie sollen, sofern von der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten die Dringlichkeit anerkannt wird, vom Senat in derselben Sitzung beantwortet werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Antwort in der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgen. §§ 47 und 48 gelten sinngemäß.

§ 47

Beantwortung und Besprechung der Großen Anfragen

(1) Der Präsident teilt die Große Anfrage unverzüglich dem Senat mit und setzt sie auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung.

(2) Erklärt sich der Senat in dieser Sitzung zur Beantwortung bereit, so erhält einer der Fragesteller des Wort zur Begründung. An die Antwort schließt sich unmittelbar die Besprechung an, wenn sie von einer Fraktion oder mindestens zehn Abgeordneten verlangt wird. Ein Antrag

auf Übergang zur Tagesordnung ist nicht zulässig. Bei der Besprechung dürfen keine Anträge zur Sache gestellt werden.

§ 48

Ablehnung der Beantwortung der Großen Anfragen

(1) Wird die Große Anfrage nicht spätestens in der übernächsten ordentlichen Sitzung beantwortet, oder lehnt der Senat die Beantwortung überhaupt ab, so tritt das Abgeordnetenhaus in eine Beratung ein, wenn sie von einer Fraktion oder mindestens zehn Abgeordneten verlangt wird.

(2) In dieser Beratung können Anträge zur Sache gestellt werden.

§ 49

Kleine Anfragen

Jeder Abgeordnete kann über bestimmte Vorgänge in einer Kleinen Anfrage, die bei dem Präsidenten schriftlich einzureichen ist, vom Senat Auskunft verlangen. Der Senat beantwortet die Anfrage schriftlich. Die Antwort soll innerhalb von zwei Wochen erfolgen. Anfrage und Antwort werden in den Mitteilungen des Präsidenten veröffentlicht.

§ 50

Mündliche Anfragen

(1) Jeder Abgeordnete ist berechtigt, zu Beginn jeder ordentlichen Sitzung Mündliche Anfragen an den Senat zu richten. Die Anfragen müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Die Anfrage soll bis zum zweiten Tag vor Beginn der Sitzung dem Präsidenten schriftlich mitgeteilt werden.

(2) Die Mündlichen Anfragen sollen in der Reihenfolge des Eingangs vom Präsidenten aufgerufen werden, der in Ausnahmefällen davon abweichen kann. Anfragen dürfen nur aufgerufen werden, wenn der anfragende Abgeordnete anwesend ist oder dem Präsidenten mitgeteilt hat, welcher Abgeordnete ihn vertritt.

(3) Die Mündliche Anfrage ist ohne Begründung vorzutragen. An die mündliche Antwort des Senats schließt sich keine Besprechung an. Der Fragesteller sowie andere Abgeordnete können Zusatzfragen stellen. Zusatzfragen sind solche Fragen, die sich aus der Antwort des Senats ergeben.

(4) Mündliche Anfragen, die in der Sitzung nicht erledigt werden, sind in der nächsten ordentlichen Sitzung aufzurufen.

(5) Im Einverständnis mit dem Fragesteller kann die Mündliche Anfrage als Kleine Anfrage behandelt werden.

§ 51

Aktuelle Stunde

(1) Auf Antrag einer Fraktion oder von mindestens zehn Abgeordneten findet in den ordentlichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses eine Aktuelle Stunde zu einem Thema von allgemeinem Interesse statt.

(2) Der Antrag ist schriftlich beim Präsidenten spätestens 24 Stunden vor der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses einzureichen.

(3) Die Dauer dieser Aussprache ist auf eine Stunde beschränkt. Die

von Mitgliedern des Senats in Anspruch genommene Redezeit bleibt unberücksichtigt. Der einzelne Redner darf nicht länger als fünf Minuten sprechen. Die Verlesung von Erklärungen oder Reden ist unzulässig.

(4) Anträge zur Sache können nicht gestellt werden. Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung ist nicht zulässig.

(5) Im Rahmen der Aktuellen Stunde wird nur ein Thema besprochen. Liegen mehrere Anträge mit verschiedenen Themen vor, so wird, wenn das Abgeordnetenhaus nicht etwas anderes beschließt, das Thema besprochen, dessen Besprechung zuerst beantragt worden ist. Die übrigen Anträge gelten als erledigt.

(6) Die Aktuelle Stunde soll sich an die Mündlichen Anfragen anschließen.

IX. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

§ 52

Vertraulichkeit

(1) Die Ausschüsse können für einen Verhandlungsgegenstand oder Teile hiervon Vertraulichkeit beschließen. Die Vertraulichkeit erstreckt sich in diesem Fall auch auf die Protokolle der Ausschußausssprachen. Aktenstücke, die im Abgeordnetenhaus entstehen oder die dem Abgeordnetenhaus zugeleitet werden, können vom Präsidenten oder seinem Beauftragten für vertraulich erklärt werden.

(2) Vertrauliche Protokolle und Aktenstücke dürfen nur den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und dem hauptamtlichen Personal des Abgeordnetenhauses und der Fraktionen zugänglich gemacht werden. Mitteilungen über vertrauliche Aussprachen dürfen nur an diesen Personenkreis weitergegeben werden sowie an die Mitglieder des Senats, ihre Vertreter oder ihre Beauftragten.

(3) Die Aussprachen des Abgeordnetenhauses in nichtöffentlicher Sitzung sind vertraulich, wenn nichts anderes beschlossen wird.

(4) Die Ausschüsse können eine von ihnen beschlossene Vertraulichkeit ganz oder teilweise aufheben.

§ 53

Geheimhaltung

(1) Als Geheimsache gelten alle Vorgänge und Mitteilungen, die von der herausgebenden Stelle als Verschlusssache im Sinne der Verschlusssachen-Anweisung für die Bundesbehörden bezeichnet worden sind, und zwar STRENG GEHEIM, GEHEIM und VS-VERTRAULICH.

(2) Das Abgeordnetenhaus und die Ausschüsse können für einen Verhandlungsgegenstand oder Teile hiervon Geheimhaltung beschließen. Die Protokolle einer derartigen Aussprache sind Verschlusssachen im Sinne der Verschlusssachen-Anweisung für die Bundesbehörden. Ihre Geheimhaltungsgrade werden vom Präsidenten bzw. vom Ausschußvorsitzenden festgelegt.

(3) Aktenstücke, die im Abgeordnetenhaus entstehen oder dem Abgeordnetenhaus zugehen, können vom Präsidenten oder seinem Beauftragten unter Einstufung in einen Geheimhaltungsgrad zur Verschlusssache erklärt werden. Sie sind nach der Verschlusssachen-Anweisung zu behandeln.

§ 54

Behandlung von Geheimsachen

(1) Protokolle über geheime Aussprachen dürfen nur den Teilnehmern an der Aussprache, dem Präsidenten, den amtierenden Fraktionsvorsitzenden, den Fraktionsgeschäftsführern und den vom Präsidenten besonders bezeichneten Bediensteten des Abgeordnetenhauses zugänglich gemacht werden.

(2) Verschlussachen mit Ausnahme der Protokolle dürfen nur Personen, für die sie bestimmt sind, und den Fraktionsgeschäftsführern zugänglich gemacht werden. Verschlussachen dürfen, wenn sie Ausschüssen zugeleitet werden, nur in der Sitzung und längstens für deren Dauer ausgegeben werden. Im übrigen dürfen sie nur in den dafür bestimmten Räumen eingesehen werden. Soweit Verschlussachen zur Vorbereitung einer Ausschusssitzung ausgegeben werden, dürfen sie nur Mitgliedern des betreffenden Ausschusses ausgehändigt werden. Der Präsident oder der Vorsitzende des Ausschusses kann Ausnahmen von Satz 2 und 3 dieses Absatzes zulassen.

(3) Für geheime Ausschusssprachen entfällt das Recht nach § 24 Abs. 5 Satz 1. Die amtierenden Fraktionsvorsitzenden sind jedoch berechtigt, an geheimen Aussprachen aller Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Das Recht des Präsidenten nach § 14 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt. In dem für Sicherheit und Ordnung zuständigen Ausschuss ist die Vertretung nur durch die amtierenden Fraktionsvorsitzenden zulässig.

(4) Aufzeichnungen über geheime Aussprachen dürfen die Teilnehmer nur mit Genehmigung des Vorsitzenden machen. Die Aufzeichnungen sind am Ende der Sitzung zu vernichten oder als Verschlussache in Verwahrung zu nehmen.

(5) Mitteilungen über geheime Aussprachen dürfen die Teilnehmer nur an den Präsidenten, die amtierenden Fraktionsvorsitzenden, die Fraktionsgeschäftsführer und die vom Präsidenten besonders bezeichneten Bediensteten des Abgeordnetenhauses weitergeben.

(6) Die Vorschriften der Absätze 1, 2 und 5 finden auf Fraktionsgeschäftsführer, die nicht Abgeordnete sind, nur nach Genehmigung des Präsidenten Anwendung.

X. Petitionen

§ 55

Verfahren

(1) Der Präsident überweist die an das Abgeordnetenhaus gerichteten Eingaben und Beschwerden (Petitionen) an den für Eingaben und Beschwerden zuständigen Ausschuss. Der Präsident kann sie in besonderen Fällen einem anderen Ausschuss überweisen. Eingaben und Beschwerden, die mit Verhandlungsgegenständen eines Ausschusses in Verbindung stehen, sollen diesem überwiesen werden.

(2) Der für Eingaben und Beschwerden zuständige Ausschuss kann über den Präsidenten mit dessen Zustimmung eine Stellungnahme eines anderen Ausschusses anfordern.

§ 56

Beschlussempfehlung der Ausschüsse

Die Beschlussempfehlungen können lauten:

1. Die Eingabe oder die Beschwerde ist

- a) dem Senat zur Berücksichtigung, zur Erwägung, zur Kenntnisnahme oder als Material zu überweisen,
 - b) für ungeeignet zur Beratung zu erklären,
 - c) auf Grund einer Auskunft des Senats oder auf Grund eines früheren Beschlusses des Abgeordnetenhauses für erledigt zu erklären.
2. Der Einsender ist durch unmittelbare Benachrichtigung zu beraten oder zu belehren und gegebenenfalls auf den zuständigen Rechts- oder Dienstweg zu verweisen.

§ 57

Behandlung in der Sitzung
des Abgeordnetenhauses

Die Beschlußempfehlungen der Ausschüsse werden in einer Übersicht dem Abgeordnetenhaus bekanntgegeben; dabei ist anzugeben, in welcher Weise sie gemäß § 56 erledigt werden sollen. Sie werden ohne Beratung beschlossen. Der Präsident, die Fraktionen oder mindestens zehn Abgeordnete haben das Recht, eine Beratung herbeizuführen.

§ 58

Benachrichtigung des Einsenders

Dem Einsender ist in der Regel von der Art der Erledigung schriftlich Mitteilung zu machen.

§ 59

Auskunft des Senats
über die Ausführung der Beschlüsse

Über die Durchführung der Beschlüsse, soweit sie dem Senat zur Berücksichtigung überwiesen sind, gibt er innerhalb von drei Wochen dem Abgeordnetenhaus schriftlich Mitteilung.

XI. Sitzungen des Abgeordnetenhauses

§ 60

Einberufung

(1) Das Abgeordnetenhaus wird durch den Präsidenten einberufen. Auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder oder des Senats muß das Abgeordnetenhaus unverzüglich einberufen werden.

(2) Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses sind grundsätzlich Arbeitssitzungen (ordentliche Sitzungen). Aus besonderen Anlässen kann der Präsident mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses oder des Ältestenrats besondere Sitzungen (außerordentliche Sitzungen) einberufen.

§ 61

Ladefrist und Art der Einberufung

(1) Die Einladung ist unter Beifügung der Tagesordnung mindestens zwei volle Tage vor dem Tage der Sitzung einzeln jedem Abgeordneten sowie dem Senat zuzustellen. In Fällen äußerster Dringlichkeit ist der Präsident berechtigt, von der Einhaltung der Frist abzusehen.

(2) Wird noch für denselben Tag eine neue Sitzung mit Fortsetzung der bisherigen Tagesordnung anberaumt, so genügt es, daß der Präsident dies mündlich verkündet.

§ 62

Leitung der Sitzung

(1) Der Präsident eröffnet, leitet und schließt die Sitzung. Eine Erörterung über die Recht- und Zweckmäßigkeit seiner Anordnungen in der Plenarsitzung ist unzulässig.

(2) Der Präsident muß den Vorsitz abgeben, wenn er zur Sache sprechen will.

§ 63

Tagesordnung

(1) Alle Vorlagen, Anträge, Anfragen und Berichte werden, soweit sie bis zum Redaktionsschluß eingegangen sind, von dem Präsidenten auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung gesetzt. Dasselbe gilt für Erklärungen des Regierenden Bürgermeisters oder seines Vertreters, wenn dieser es verlangt.

(2) Die Verhandlungsgegenstände werden entsprechend der Unterteilung der Tagesordnung in der Reihenfolge, in der sie eingegangen sind, in die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung aufgenommen. Über die Reihenfolge der Behandlung wird nach den Vorschlägen des Ältestenrats verfahren, soweit das Haus nichts anderes beschließt.

(3) Die Verhandlungsgegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, dürfen nur behandelt werden, wenn es das Abgeordnetenhaus beschließt. Vor der Beschlußfassung können je ein Redner für und gegen die Dringlichkeit sprechen.

(4) Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat kann der Präsident Gegenstände der Tagesordnung außer der Reihe behandeln lassen.

(5) Das Abgeordnetenhaus kann beschließen, die Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung zu ändern oder einen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

(6) Die gemeinsame Aussprache gleichartiger oder verwandter Gegenstände kann jederzeit beschlossen werden.

(7) Vor Erledigung der Tagesordnung kann die Sitzung nur durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag einer Fraktion geschlossen werden.

§ 64

Öffentlichkeit, Ausschluß
der Öffentlichkeit

(1) Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses sind öffentlich.

(2) Die Öffentlichkeit kann auf Antrag eines Fünftels der Abgeordneten oder des Senats für bestimmte Angelegenheiten ausgeschlossen werden. Über den Antrag ist in geheimer Sitzung zu beraten und abzustimmen.

§ 65

Übergang zur Tagesordnung

(1) Der Übergang zur Tagesordnung kann jederzeit bis zur Abstimmung beantragt werden. Wird widersprochen, so ist vor der Abstimmung ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag zu hören. Wird der Antrag abgelehnt, so darf er im Laufe derselben Beratung nicht wiederholt werden. Über Anträge auf Übergang zur Tagesordnung ist vor anderen Anträgen abzustimmen.

(2) Über Vorlagen des Senats und Große Anfragen darf nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

§ 66*

Aussprache

(1) Der Präsident hat mit Ausnahme der Vorlagen – zur Kenntnisnahme – über Rechtsverordnungen nach Artikel 47 Abs. 1 der Verfassung von Berlin über jeden Gegenstand, der auf der Tagesordnung steht, die Aussprache zu eröffnen.

(2) Meldet sich niemand zum Wort oder ist die Rednerliste erschöpft, so erklärt der Präsident die Aussprache für geschlossen.

(3) Das Abgeordnetenhaus kann die Aussprache vertagen oder schließen. Der Antrag auf Vertagung oder Schluß bedarf der Unterstützung von mindestens zehn Abgeordneten. Ein Antrag auf Schluß ist erst zulässig, wenn mindestens ein Abgeordneter jeder Fraktion die Möglichkeit hatte, das Wort zu nehmen. Vor der Abstimmung über den Schlußantrag wird die Rednerliste verlesen, dann wird ohne weitere Aussprache abgestimmt. Ein Antrag auf Schluß geht bei der Abstimmung einem Vertagungsantrag vor.

(4) Über eine auf die Tagesordnung gesetzte Erklärung des Regierenden Bürgermeisters ist vom Präsidenten die Besprechung zu eröffnen, wenn das Abgeordnetenhaus nicht die Vertagung der Besprechung beschließt. Bei der Besprechung dürfen nur Verfahrensanträge gestellt werden.

(5) Ergreift der Regierende Bürgermeister oder sein Vertreter vor Eintritt in die Tagesordnung unabhängig von den Verhandlungsgegenständen das Wort, so kann das Abgeordnetenhaus eine Besprechung der Erklärung beschließen. Bei der Besprechung dürfen nur Verfahrensanträge gestellt werden.

§ 67

Redeordnung

(1) Abgeordnete, die zur Sache sprechen wollen, melden sich beim Präsidenten schriftlich oder durch Zuruf zu Wort. Der Präsident kann verlangen, daß die Wortmeldungen schriftlich erfolgen. Ein Abgeordneter darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat.

(2) Abgeordnete, die zur Sache sprechen wollen, erhalten das Wort in der Reihenfolge der eingetragenen Wortmeldungen. Den Mitgliedern des Senats ist auf Verlangen jederzeit das Wort zu erteilen, jedoch nicht vor der Begründung eines Antrages oder einer Großen Anfrage durch den Antragsteller oder Fragesteller und ohne daß ein Redner in seinem begonnenen Vortrag unterbrochen werden darf. Jeder Abgeordnete kann seinen Platz in der Rednerliste abtreten. Antragsteller, Fragesteller und Berichtserstatter können vor Beginn der Aussprache das Wort verlangen.

(3) Abgeordnete, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, müssen bis zur Eröffnung der Abstimmung sofort das Wort erhalten.

(4) Die Redner sprechen in freiem Vortrag von der Rednertribüne aus. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen. Im Wortlaut vorbereitete Reden sollen eine Ausnahme sein und dürfen ebenso wie Schriftstücke nur mit Einwilligung des Präsidenten vorgelesen werden.

(5) Zusatzfragen in der Fragestunde sollen vom Platz oder von einem besonderen Mikrophon aus gestellt werden.

§ 66 Abs. 1: VvB GVBl. Sb. II 100-1

(6) Während der Rede eines Abgeordneten oder eines Mitglieds des Senats können Abgeordnete von ihrem Platz oder von einem besonderen Mikrophon aus Zwischenfragen stellen, wenn der Redner es gestattet. Im gleichen Zusammenhang können nur drei Zwischenfragen gestellt werden.

§ 68

Rededauer

(1) Die Redezeit beträgt

- a) bei der Besprechung über Vorlagen – zur Kenntnisnahme – und bei der Besprechung Großer Anfragen 15 Minuten je Fraktion,
- b) bei der Beratung über Gesetzesvorlagen, Vorlagen zur Beschlußfassung, Anträge, Beschlußempfehlungen und bei der Besprechung von Berichten 30 Minuten je Fraktion,
- c) für Bemerkungen zur Geschäftsordnung und persönliche Bemerkungen fünf Minuten für jeden Abgeordneten.

(2) Die Redezeit für fraktionslose Abgeordnete beträgt fünf Minuten.

(3) Die Begründung von Anträgen und Großen Anfragen sowie die Berichterstattung der Ausschüsse unterliegen keiner Beschränkung der Redezeit.

(4) Durch Beschluß des Abgeordnetenhauses kann auf Antrag die Redezeit für einzelne Verhandlungsgegenstände anderweitig festgesetzt oder die Beschränkung der Redezeit aufgehoben werden.

(5) Spricht ein Abgeordneter über die Redezeit hinaus, so entzieht ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort. Ausführungen nach Entziehung des Wortes werden in den stenographischen Bericht nicht aufgenommen.

(6) Ergreift in einer Aussprache ein Mitglied des Senats das Wort, so steht jeder Fraktion danach eine Redezeit von mindestens fünf Minuten zu.

(7) Die Besprechung gemäß § 66 Abs. 4 oder 5 unterliegt keiner Redezeitbeschränkung.

§ 69

Persönliche Bemerkungen

Persönliche Bemerkungen sind erst nach Schluß der Aussprache, jedoch vor der Abstimmung, oder nach Annahme eines Vertagungsantrages gestattet. Sie dürfen nur persönliche Angriffe zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen.

§ 70

Abgabe von Erklärungen

Zu einer sachlichen Erklärung oder zu einer persönlichen Bemerkung, die nicht im Zusammenhang mit der Aussprache in der laufenden Sitzung steht, kann der Präsident außerhalb der Tagesordnung das Wort erteilen. Die Erklärung ist ihm vorher schriftlich vorzulegen.

XII. Abstimmungen und Wahlen

§ 71

Fragestellung

(1) Nach der Beratung und etwaigen persönlichen Bemerkungen eröffnet der Präsident ausdrücklich die Abstimmung. Er stellt die Fragen so, daß sie sich mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten lassen. Die Fragen sind in

der Regel so zu fassen, daß gefragt wird, ob die Zustimmung erteilt werde oder nicht.

(2) Über die Fassung der Fragen kann das Wort zur Geschäftsordnung verlangt werden. Bei Widerspruch gegen die vorgeschlagene Fassung entscheidet das Abgeordnetenhaus.

(3) Jeder Abgeordnete kann die Teilung der Frage beantragen. Ent stehen über die Zulässigkeit der Teilung Zweifel, so entscheidet das Abgeordnetenhaus.

§ 72

Reihenfolge der Abstimmung

Bei der Abstimmung ist nachstehende Reihenfolge einzuhalten:

- a) Anträge auf Übergang zur Tagesordnung (§ 65),
- b) Anträge auf Schluß der Aussprache (§ 66 Abs. 3),
- c) Anträge auf Vertagung der Aussprache (§ 66 Abs. 3),
- d) Anträge, die, ohne die Sache selbst zu berühren, lediglich Vorfragen betreffen, insbesondere Überweisung an einen Ausschuß, Einholung einer Auskunft und dergleichen,
- e) Änderungsanträge (§ 39 Abs. 1 und 2),
- f) Zusatzanträge (§ 39 Abs. 3),
- g) Abstimmung über den Gegenstand selbst.

Im übrigen ist über den weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen. Gehen die Anträge gleichweit, so ist über den älteren zuerst abzustimmen. Bei verschiedenen in Frage stehenden Geldsummen ist die kleinere in Antrag gebrachte Einnahme- und die größere Ausgabesumme zuerst zur Abstimmung zu bringen. Bei Zeitbestimmungen ist über die längere Zeit zuerst zu entscheiden.

§ 73*

Beschlußfassung

(1) Das Abgeordnetenhaus faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimm mehrheit, soweit nicht die Verfassung eine andere Mehrheit vorschreibt. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(2) Bei Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit des Abgeordnetenhauses mit; bei der Ermittlung der Mehrheit bleiben sie außer Betracht.

§ 74

Form der Abstimmung

(1) Abgestimmt wird in der Regel durch Handzeichen. Der Präsident kann von sich aus die Gegenprobe vornehmen. Er ist zur Vornahme der Gegenprobe oder zur Feststellung der Stimmenthaltung verpflichtet, wenn es verlangt wird.

(2) Bleibt das amtierende Präsidium über das Ergebnis der Abstimmung im Zweifel, so werden die Stimmen gezählt. Die Zählung erfolgt in folgender Weise:

Die Abgeordneten verlassen mit Ausnahme des amtierenden Präsidenten und der Schriftführer auf Aufforderung des Präsidenten den Saal. Die Zählung beginnt nach einem besonderen Klingelzeichen. Die Abgeordneten treten durch drei verschiedene Eingänge wieder ein, die mit „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ bezeichnet werden.

§ 73 Abs. 1: VvB GVBl. Sb. II 100-1

An den Eingängen nehmen die bestellten Schriftführer die Zählung vor. Nach ihrer Meldung schließt der Präsident durch ein besonderes Klingelzeichen die Zählung. Der Präsident und die amtierenden Schriftführer geben hierauf noch ihre Stimmen öffentlich ab. Der Präsident verkündet alsdann das Ergebnis. Jede nachträgliche Stimmenabgabe ist ausgeschlossen.

(3) Wenn über das Ergebnis einer Abstimmung eine Entscheidung des amtierenden Präsidiums herbeigeführt ist, kann zum zweiten Male abgestimmt werden, wenn nach einstimmiger Meinung des Hauses ein offensichtlicher Irrtum vorliegt.

§ 75

Namentliche Abstimmung

(1) Eine namentliche Abstimmung ist durchzuführen, wenn sie bis zur Eröffnung der Abstimmung von einer Fraktion verlangt wird.

(2) Für die namentliche Abstimmung erhält jeder Abgeordnete drei Abstimmungskarten, die seinen Namen tragen, in drei verschiedenen Farben gehalten und mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthält sich“ gekennzeichnet sind. Jeder Abgeordnete wirft seine Stimmkarte bei Namensaufruf in die Wahlurne. Nach Schließung der Abstimmung durch den Präsidenten werden die Stimmen von den Schriftführern gezählt.

(3) Sogleich nach der Abstimmung wird das Ergebnis festgestellt und vom Präsidenten verkündet.

(4) Zwischen der Abstimmung und der Verkündung des Ergebnisses darf verhandelt, aber nicht beschlossen werden.

(5) Die namentliche Abstimmung ist unzulässig über

- a) Stärke eines Ausschusses,
- b) Überweisung an einen Ausschuß,
- c) Sitzungszeit und Tagesordnung,
- d) Schließung der Sitzung,
- e) Vertagung oder Schluß der Aussprache,
- f) Teilung der Frage,
- g) Abkürzung der Fristen.

§ 76

Erklärungen zur Abstimmung

Jeder Abgeordnete kann spätestens am Tage nach der Abstimmung eine kurze schriftliche Erklärung über seine Abstimmung einreichen, die nicht verlesen, aber in den stenographischen Bericht aufgenommen wird.

§ 77

Beschlußfähigkeit

(1) Wird unmittelbar vor Eröffnung der Abstimmung die Beschlußfähigkeit angezweifelt, so wird ausgezählt. Die Auszählung unterbleibt, wenn das Präsidium über die Beschlußfähigkeit einig ist. Besteht eine solche Einigkeit nicht, so kann der Präsident die Abstimmung auf einen späteren Zeitpunkt der Sitzung verlegen.

(2) Ergibt sich bei namentlicher Abstimmung oder bei der Auszählung nach § 74 Abs. 2 oder § 77 Abs. 1 Satz 1, daß die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl der Abgeordneten nicht anwesend ist, so stellt der Präsident die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

(3) Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit hat der Präsident die Sitzung sofort zu schließen und nur noch Zeit und Tagesordnung der nächsten

Sitzung zu verkünden. Die Abstimmung oder die Wahl wird in der nächsten Sitzung ohne Beratung vorgenommen. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung bleibt dabei in Kraft.

§ 78*

Allgemeines über Wahlen

- (1) Alle Wahlen können in einfacher Abstimmung durch Zuruf stattfinden. Mehrere Personen können in einem Wahlgang gewählt werden.
- (2) Bei Widerspruch wird die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln vorgenommen. Zur Abgabe der Stimmzettel werden die Abgeordneten mit Namen aufgerufen.
- (3) Die Wahlen erfolgen mit Stimmenmehrheit, soweit nicht durch Verfassung oder Gesetz etwas anderes bestimmt ist. § 73 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.
- (4) Ergibt sich keine Mehrheit, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmzahlen in die Stichwahl.
- (5) Ergibt sich im zweiten Wahlgang eine Stimmgleichheit, dann entscheidet das durch den Präsidenten gezogene Los.
- (6) Das Wahlergebnis wird vom Präsidenten festgestellt.

§ 79

Wahl des Senats

- (1) Der Regierende Bürgermeister wird mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen mit verdeckten Stimmzetteln gewählt. Kommt beim ersten Wahlgang eine Entscheidung nicht zustande, so wird die Wahl wiederholt. Bei der Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zählen die Stimmenthaltungen und die ungültigen Stimmen mit.
- (2) Die Wahl des Bürgermeisters und der Senatoren erfolgt auf Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters durch das Abgeordnetenhaus. Die Wahl kann in einem Wahlgang vorgenommen werden, wenn nicht mindestens zehn Abgeordnete widersprechen.

XIII. Ordnungsbestimmungen

§ 80

Sach- und Ordnungsruf

- (1) Der Präsident kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, „zur Sache“ rufen.
- (2) Wenn ein Abgeordneter die Ordnung verletzt, ruft ihn der Präsident unter Namensnennung „zur Ordnung“.
- (3) Der Ordnungsruf und der Anlaß hierzu dürfen von den nachfolgenden Rednern nicht behandelt werden.

§ 81

Wortentziehung

- (1) Ist ein Redner dreimal in derselben Rede „zur Ordnung“ oder „zur Sache“ gerufen und beim zweiten Mal auf die Folgen des dritten Rufes hingewiesen worden, so entzieht ihm der Präsident das Wort. Ist einem

§ 78 Abs. 3: VvE GVBl. Sb. II 100-1

Abgeordneten das Wort entzogen worden, so darf er es zu dem gleichen Gegenstand nicht wieder erhalten.

(2) Ausführungen nach Entziehung des Wortes werden in den stenographischen Bericht nicht aufgenommen.

§ 82

Ausschluß von Abgeordneten

(1) Verletzt ein Abgeordneter in grober Weise die Ordnung, insbesondere auch dadurch, daß er sich den Anordnungen des Präsidenten nicht fügt, so kann der Präsident ihn von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausschließen. Der Abgeordnete hat auf Aufforderung des Präsidenten den Sitzungssaal zu verlassen. Leistet der Abgeordnete dieser Aufforderung keine Folge, so ist er von zwei weiteren Sitzungstagen ausgeschlossen.

(2) Bei wiederholtem Ausschluß von den Sitzungen kann das Abgeordnetenhaus auf Empfehlung des Ältestenrats den Abgeordneten ohne Beratung durch einen Beschluß von der Teilnahme an höchstens zehn Sitzungstagen ausschließen.

(3) Der ausgeschlossene Abgeordnete darf bis zum Ablauf des letzten Ausschlußtages auch an den Ausschlußsitzungen nicht teilnehmen.

§ 83

Hausverbot

Der Präsident kann Abgeordneten, die trotz des Ausschlusses versuchen, in die Sitzungen des Abgeordnetenhauses oder seiner Ausschüsse einzudringen oder sonst die Ordnung in den Räumen des Abgeordnetenhauses zu stören, bis zum Ablauf des letzten Ausschlußtages den Aufenthalt in den Räumen des Abgeordnetenhauses untersagen. Hiervon ist dem Abgeordnetenhaus Mitteilung zu machen. Von dem Hausverbot ausgenommen bleiben die den Fraktionen überlassenen Räume.

§ 84

Einspruch gegen Ordnungsmaßnahmen

Gegen die vom Präsidenten verfügten Ordnungsmaßnahmen kann der betroffene Abgeordnete spätestens innerhalb zweier Tage schriftlich Einspruch erheben. Der Einspruch ist auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, sofern der Präsident dem Einspruch nicht stattgibt. Das Abgeordnetenhaus entscheidet über den Einspruch ohne Beratung. Hat der Präsident dem Einspruch stattgegeben, so hat er dies zu Beginn der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses bekanntzugeben.

§ 85

Ordnungsgewalt über Mitglieder des Senats

Die Bestimmungen über die Ordnungsgewalt des Präsidenten (§§ 80 und 81) finden auf die Mitglieder des Senats entsprechende Anwendung.

§ 86

Maßnahmen bei störender Unruhe

Der Präsident kann die Sitzung auf bestimmte Zeit unterbrechen oder

ganz aufheben, wenn in der Sitzung störende Unruhe entsteht. Kann er sich kein Gehör verschaffen, so verläßt er den Präsidentenstuhl. Die Sitzung ist alsdann auf eine Stunde unterbrochen.

§ 87

Ordnung auf den Tribünen

Wer auf den Tribünen Beifall oder Mißbilligung äußert oder Ordnung und Anstand verletzt, kann auf Anweisung des Präsidenten sofort entfernt werden. Entsteht störende Unruhe auf den Tribünen, so kann der Präsident sie räumen lassen.

XIV. Senat

§ 88

Herbeirufung eines Mitgliedes des Senats

Jeder Abgeordnete kann die Herbeirufung eines Mitgliedes des Senats beantragen. Der Antrag bedarf der Unterstützung einer Fraktion oder von mindestens zehn Abgeordneten. Über den Antrag entscheidet das Abgeordnetenhaus. Vor der Abstimmung ist die Beratung über den Antrag zu eröffnen. Die Rededauer unterliegt den Beschränkungen des § 68 Abs. 1 Buchst. c und Abs. 2.

XV. Beurkundung der Verhandlungen
und Beschlüsse

§ 89

Stenographischer Bericht

Über jede Sitzung wird ein stenographischer Bericht angefertigt, den jeder Abgeordnete nach der Fertigstellung erhält. Der stenographische Bericht kann mittels einer mechanischen Aufnahme gefertigt werden.

§ 90

Berichtigung durch Redner

(1) Jeder Redner erhält eine Niederschrift seiner Rede zur Berichtigung. Gibt er sie nicht bis zu der von dem Präsidenten festgesetzten Stunde zurück, so wird sie ohne jede Berichtigung gedruckt. Die Berichtigung darf den Sinn der Rede nicht ändern. Wird die Berichtigung beanstandet und keine Verständigung mit dem Redner erzielt, so ist die Entscheidung des Präsidenten einzuholen.

(2) Die Rede darf vor ihrer Prüfung durch den Redner nur mit seiner Zustimmung einem anderen als dem Präsidenten vorgelegt werden. Im Falle des Absatzes 1 Satz 2 steht die Einsicht nach Ablauf der Frist offen.

§ 91

Beschlüßprotokoll

Über die Verhandlung wird ein Beschlüßprotokoll gefertigt, das von dem Präsidenten und einem Schriftführer zu unterschreiben ist. Das Beschlüßprotokoll enthält außer den Beschlüssen die amtlichen Anzeigen des Präsidenten und die Anfragen mit der Bemerkung, ob sie beantwortet sind.

Es wird den Fraktionen zugestellt und gilt als genehmigt, wenn innerhalb einer Woche kein Einspruch dagegen erhoben wird. Kommt auf Grund des Einspruchs eine Einigung mit dem Schriftführer nicht zustande, so befragt der Präsident das Abgeordnetenhaus.

§ 92

Ausfertigung beschlossener Gesetze

(1) Gesetze sind vom Präsidenten unverzüglich auszufertigen und dem Regierenden Bürgermeister zu übersenden.

(2) Auf der Ausfertigung wird von dem Präsidenten die Annahme durch das Abgeordnetenhaus beurkundet unter Einfügung des Datums der Ausfertigung des Gesetzes.

XVI. Auslegung der Geschäftsordnung

§ 93

Entscheidungen

über die Auslegung der Geschäftsordnung

(1) Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Präsident.

(2) Eine grundsätzliche, über den Einzelfall hinausgehende Auslegung einer Vorschrift der Geschäftsordnung kann nur nach einer vorausgehenden Beratung in dem für die Geschäftsordnung zuständigen Ausschuß durch das Abgeordnetenhaus beschlossen werden.

§ 94

Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen der Geschäftsordnung können nur auf Grund vorausgegangener Beratung in dem für die Geschäftsordnung zuständigen Ausschuß beschlossen werden.

§ 95

Abweichung von der Geschäftsordnung

Eine Abweichung von den Vorschriften der Geschäftsordnung ist im Einzelfalle durch Beschluß des Abgeordnetenhauses nur zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt.

XVII. Sonstige Bestimmungen

§ 96

Abgabe der Drucksachen

Sämtliche amtlichen Drucksachen werden, soweit sie nicht ausdrücklich für vertraulich erklärt worden sind, gegen Erstattung der Kosten an jedermann abgegeben.

§ 97

Unerledigte Verhandlungsgegenstände

Alle Vorlagen, Anträge und Anfragen gelten mit Ablauf der Wahlperiode oder im Falle der Auflösung des Abgeordnetenhauses als erledigt.

Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt am Tage nach ihrer Annahme durch das Abgeordnetenhaus in Kraft.

Anlage

Richtlinien in Immunitätsangelegenheiten (§ 42 GO)

1. Antragsrecht in Immunitätsangelegenheiten

Zur Stellung eines Antrages in Immunitätsangelegenheiten sind berechtigt:

- a) die Staatsanwaltschaften und Gerichte, auch Ehrengerichte öffentlich-rechtlichen Charakters,
- b) die obersten Dienstbehörden bei Durchführung eines Dienststrafverfahrens,
- c) die Privatkläger und Nebenkläger.

2. Einreichung der Anträge

Die Anträge der Staatsanwaltschaften und der Gerichte über die Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten sind über den Senator für Justiz vorzulegen. Bei Dienststrafverfahren ist der Antrag über den jeweils zuständigen Senator vorzulegen, wenn dieser nicht selbst oberste Dienstbehörde ist.

Privatkläger und Nebenkläger haben den Antrag über den Senator für Justiz vorzulegen. Privatkläger haben durch Vorlage einer Abschrift den Nachweis zu führen, daß sie ordnungsgemäß beim zuständigen Gericht Privatklage eingereicht haben.

3. Stellungnahme des Abgeordneten

Vor Einreichung eines Antrages in den Fällen der Nummer 1 Buchst. a und b soll dem beschuldigten Abgeordneten Gelegenheit zu einer schriftlichen Stellungnahme gegeben werden.

4. Verfahren bei Immunitätsaufhebung

Die Anträge sind vom Präsidenten unmittelbar an den für die Geschäftsordnung zuständigen Ausschuß zur Vorberatung weiterzuleiten.

Der für die Geschäftsordnung zuständige Ausschuß legt seine Beschlussempfehlung dem Abgeordnetenhaus zur Entscheidung vor.

Bei Verstößen gegen Verkehrsvorschriften und bei Übertretungen trifft der für die Geschäftsordnung zuständige Ausschuß eine Vorentscheidung über die Aufhebung der Immunität, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses der Beschlussempfehlung zustimmen. Auch bei den übrigen Straftaten kann der Ausschuß eine derartige Vorentscheidung durch einstimmigen Beschluß bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses

§ 98: GO angenommen am 3. 2. 1966

treffen. In diesen Fällen wird die Beschlussempfehlung des Ausschusses vom Präsidenten den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses schriftlich mitgeteilt, ohne auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Sie gilt als Entscheidung des Abgeordnetenhauses, sofern nicht innerhalb von sieben Tagen nach Zugang der Beschlussempfehlung schriftlicher Widerspruch von einem Abgeordneten beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingeht. Im Falle eines solchen Widerspruchs wird die Beschlussempfehlung des Ausschusses auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses gesetzt. Falls kein Widerspruch eingeht, stellt der Präsident in der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses fest, daß damit die Beschlussempfehlung des Ausschusses als Beschluß des Abgeordnetenhauses gilt.

5. Grundsätze für die Aufhebung der Immunität

Immunitätsrecht bezweckt vornehmlich, die Funktionsfähigkeit des Parlaments sicherzustellen. Die Entscheidung über Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Immunität darf kein Eingriff in ein schwebendes Verfahren sein, bei dem es um die Feststellung von Schuld oder Nichtschuld geht. Das Parlament als oberstes Staatsorgan hat nur darüber zu befinden, ob sein Interesse an der ungestörten Mitarbeit des betroffenen Abgeordneten gegenüber anderen öffentlichen Belangen, besonders gegenüber dem Interesse an einer gleichmäßigen und gerecht geübten Strafrechtspflege überwiegt. Es darf somit nicht in eine Beweiswürdigung hinsichtlich des Vorliegens des behaupteten Unrechtsstatbestandes eingetreten werden. Da die Immunität ein Recht des Parlaments ist, kann darauf von den einzelnen Abgeordneten nicht verzichtet werden.

Bei Verstößen gegen die Verkehrsvorschriften soll, unbeschadet der notwendigen Interessenabwägung, die Immunität grundsätzlich aufgehoben werden.

6.* Ohne Immunitätsaufhebung zulässige Maßnahmen

Ohne Aufhebung der Immunität ist es zulässig, ein Verfahren ohne Ermittlungshandlungen einzustellen, ein Privatklageverfahren vor Anberaumung einer Hauptverhandlung (§ 383 Abs. 2 Satz 1 StPO) einzustellen und von der Erhebung einer öffentlichen Klage gemäß §§ 153 Abs. 1 und 2, 153 a Abs. 1, 154 Abs. 1 StPO abzusehen.

Ermittlungen der Staatsanwaltschaft über die Persönlichkeit des Anzeigerstatters sowie über andere für die Beurteilung der Ernsthaftigkeit einer Anzeige wichtige Umstände sind zulässig zur Feststellung, ob eine Anzeige offensichtlich unbegründet (querulatorisch, vexatorisch) ist.

Dem beschuldigten Abgeordneten soll vor derartigen Entscheidungen durch die Verfolgungsbehörde oder das Gericht Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben werden.

Ein Sühneverfahren (§ 380 StPO) gegen einen Abgeordneten ist ohne Genehmigung zulässig, nicht dagegen die Androhung oder Verhängung einer Ordnungsstrafe im Sühneverfahren durch einen Schiedsmann.

Anlage Nr. 6: §§ 81a, 153 Abs. 1 u. 2, § 153a Abs. 1, § 154 Abs. 1, §§ 380 u. 383 Abs. 2 StPO i. d. F. v. 17. 9. 1965, BGBl. I S. 1373; § 22 StVG BGBl. III 9231-1; PVG GVBl. Sb. I 2011-1; §§ 34 ff. BSeuchG BGBl. III 2126-1

Die Immunität hindert nicht ein polizeiliches Einschreiten gegen Abgeordnete im Wege der gebührenpflichtigen Verwarnung (gemäß § 22 StVG und § 59 PVG).

Polizeiliche und andere Verwaltungszwangsmaßnahmen gegen einen Abgeordneten können ohne Genehmigung des Parlaments durchgeführt werden, mit Ausnahme der Vollziehung einer Zwangshaft oder der zwangsweisen Vorführung.

Bei Unfällen darf die Polizei die Personalien eines Abgeordneten sowie das Kennzeichen und den Zustand seines Fahrzeuges feststellen. Ebenso können Fahr-, Brems- und andere Spuren, die von einem unfallbeteiligten Fahrzeug eines Abgeordneten herrühren, gesichert, vermessen und fotografiert werden. Unmittelbar nach dem Unfall ist die Entnahme einer Blutprobe gemäß § 81 a StPO auch gegen den Willen des Abgeordneten zulässig.

Die Durchführung eines Offenbarungseidverfahrens und die Anordnung der Haft durch das Gericht bedarf keiner Genehmigung durch das Parlament. Genehmigungspflichtig ist jedoch die Vollstreckung des Haftbefehls.

Eine Aufhebung der Immunität ist nicht erforderlich für eine Maßnahme des polizeilichen Gewahrsams im Rahmen der geltenden Gesetze, die notwendig ist zur Abwendung von Gefahren, die das menschliche Leben bedrohen und für Maßnahmen nach den §§ 34 ff. des Bundesseuchengesetzes. Die zuständigen Behörden sind jedoch verpflichtet, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses unverzüglich über die gegen einen Abgeordneten angeordneten Maßnahmen zu unterrichten. Der Präsident des Abgeordnetenhauses kann den für die Geschäftsordnung zuständigen Ausschuß mit der Überprüfung der angeordneten Maßnahmen beauftragen.

7. Umfang der Aufhebung

Die Genehmigung der Strafverfolgung umfaßt, wenn sie nicht ausdrücklich eingeschränkt wird, auch die Befugnis zur zwangsweisen Vorführung; dagegen umfaßt sie nicht die Untersuchungshaft und die Vollstreckung einer rechtmäßig erkannten Freiheitsstrafe. Die Aufhebung der Immunität hat daher getrennt zu erfolgen, und zwar für

1. die Strafverfolgung bis zum Abschluß des Verfahrens,
2. die Verhaftung,
3. die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe.

Ist das Verfahren durch rechtskräftige richterliche Entscheidung beendet, so ist für eine etwaige Wiederaufnahme eine neue Genehmigung zur Strafverfolgung erforderlich.

Die Aufnahme eines von der Staatsanwaltschaft bereits eingestellten Ermittlungsverfahrens bedarf keiner neuen Genehmigung. Die Aufhebung der Immunität zur Strafverfolgung gilt nicht für die Durchführung eines Dienststrafverfahrens. Die Aufhebung der Immunität zur Durchführung eines Dienststrafverfahrens gilt nicht für die Durchführung der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft wegen des gleichen Sachverhaltes.

Verfahren vor Ehrengerichten, die öffentlich-rechtlichen Charakter haben, können nur nach Aufhebung der Immunität durchgeführt werden.

Wird ein Abgeordneter bei Begehung der Tat festgenommen, so bedarf die Durchführung eines Strafverfahrens oder die Verhaftung keiner Genehmigung.

Eine erneute Vorführung oder Verhaftung nach vorheriger Freilassung bedarf der Genehmigung.

8. Mitgebrachte Verfahren

Strafverfahren, Freiheitsbeschränkungen und Strafvollstreckungen gegen einen neu gewählten Abgeordneten, die zu Beginn einer Wahlperiode anhängig sind, bedürfen zu ihrer Fortführung der Genehmigung.

Das gleiche gilt bei einem wiedergewählten Abgeordneten, bei dem in der vorhergehenden Wahlperiode die erforderliche Genehmigung versagt wurde.

Ist bei einem wiedergewählten Abgeordneten in der vorhergehenden Wahlperiode die Immunität aufgehoben worden, so darf das Verfahren fortgesetzt werden, ist aber auszusetzen, wenn das Parlament dies verlangt.

9. Behandlung von Amnestieverfahren

Zur Einstellung eines Verfahrens auf Grund einer Amnestie bedarf die Strafverfolgungsbehörde keiner Genehmigung, es sei denn, daß dafür Ermittlungen notwendig sind, die nach den vorangehenden Vorschriften einer Genehmigung bedürfen.

10.* Verfahrenshandlungen ohne Immunitätaufhebung in Verfahren gegen andere Personen

Ohne Aufhebung der Immunität ist es zulässig:

- a) in einem Verfahren gegen eine andere Person einen Abgeordneten als Zeugen zu vernehmen, eine Durchsuchung nach §§ 103, 104 StPO vorzunehmen oder die Herausgabe von Gegenständen nach § 95 StPO zu verlangen, jedoch unter Beachtung von § 53 Abs. 1 Nr. 4 und §§ 53 a und 97 Abs. 3 und 4 StPO,
 - b) ein Verfahren gegen Mittäter, Anstifter, Gehilfen oder sonstige Beteiligte einzuleiten oder durchzuführen.
- zu a) Eine Beschlagnahme oder Durchsuchung bei einem Abgeordneten ist abzubrechen, sobald sich dieser auf sein Recht zur Zeugnisverweigerung nach den Bestimmungen der Verfassung beruft.
- zu b) Von diesen Verfahren ist der Präsident unverzüglich auf dem Dienstweg zu verständigen.

11. Benachrichtigung des Präsidenten

Die zuständigen Behörden haben dem Präsidenten unverzüglich direkt Kenntnis von jedem Verfahren zu geben, das sich gegen einen Abgeordneten richtet. Diese Verpflichtung entfällt, wenn wegen eines solchen Verfahrens die Aufhebung der Immunität beantragt wird. Der Präsident ist ferner von jeder Einschränkung der Freiheit eines Abgeordneten zu benachrichtigen.